

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Grundlagen

17

1. Kapitel

Einleitung und Gang der Untersuchung

17

A. Einleitung	17
B. Gang der Untersuchung	20
C. Entwicklung des Aufsichtsrates und strukturelle Einordnung	21
I. Historische Entwicklung des Aufsichtsrates	21
1. Die Entwicklung eines Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs von 1857 bis zur ersten Novelle 1870	22
2. Der Aufsichtsrat von 1884 bis zur Aktienrechtsnovelle 1931	24
3. Die Notverordnung in der Weimarer Republik und das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937	26
4. Das Aktiengesetz vom 6. September 1965	28
5. Schlussfolgerung	28
II. Besonderheiten organschaftlicher Vertretung	29
III. Die Funktion des Aufsichtsrates	34
IV. Gewaltenteilung und Kompetenzordnung in der Aktiengesellschaft	37
V. Zusammenfassung in Thesen	40

2. Kapitel

Normverständnis des § 112 AktG

41

A. Wortlaut des § 112 AktG	41
I. Der Anwendungsbereich	42
II. Umfang und Ausübung der Vertretungsmacht	44
III. Zwischenergebnis	44
B. Die systematisch-logische Einordnung des § 112 AktG	44
I. § 112 AktG im System der Konfliktbewältigungsmaßnahmen	45
1. Zustimmungs- und Einwilligungsvorbehalte	46
2. Offenlegungsmaßnahmen	49

3. Kompetenzverlagerung	50
4. Inkompatibilitätsregelungen	51
5. Nachträgliche Konfliktbewältigung – Konzeption der Rechtsstellung der Organmitglieder – Treuepflicht	52
6. Zwischenergebnis	54
II. § 112 AktG als Ausnahmenvorschrift	55
III. § 112 AktG als Teil der Überwachungsaufgabe	58
IV. § 112 AktG als <i>lex specialis</i> zu § 181 BGB	60
1. Schutzbereich des § 181 BGB	61
2. Grundsatz der generell-abstrakten Betrachtungsweise	63
3. Teleologische Reduktion und analoge Anwendung	65
4. Zwischenergebnis	68
V. Zusammenfassung	68
C. Regelungsziele des § 112 AktG	68
I. Wahrung der Gesellschaftsinteressen	70
II. Sachfremde Erwägungen	72
III. Rechtssicherheit und Klarheit	74
IV. Erreichung des Zwecks durch Kompetenzverlagerung auf den Aufsichtsrat?	77
V. Schlussfolgerung für die weitere Anwendung der Norm	80
D. Zusammenfassung in Thesen	81

Teil 2

Einzelfragen zur Reichweite und Ausübung der Vertretungsmacht	83
--	-----------

3. Kapitel

Personelle und sachliche Reichweite der Norm	83
A. Personeller Anwendungsbereich	83
I. Vertretung gegenüber amtierenden Vorstandsmitgliedern	83
1. Fehlerhaft bestelltes Vorstandsmitglied	84
2. Faktisches Vorstandsmitglied	85
3. Zukünftiges Vorstandsmitglied	85
II. Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder	88
1. Vertretungsregeln nach § 97 AktG a.F. von 1937	88
2. Rechtsprechungsentwicklung zu § 112 AktG ab 1981	90
3. Meinungsstand der Literatur	94
4. Eigene Stellungnahme	95

III. Erstreckung der Vertretungsmacht auf Rechtsgeschäfte mit Gesellschaften, an denen ein Vorstandsmitglied beteiligt ist	98
1. Entwicklung in der Rechtsprechung	100
2. Entwicklung in der Literatur	102
3. Das Vorstandsmitglied als alleiniger Gesellschafter	104
a) Wortlaut des § 112 AktG und planwidrige Regelungslücke	105
b) Vergleichbare Interessenlage	106
aa) Zurechnungsdurchgriff	108
bb) Gefährdung der Rechtssicherheit	109
c) Zwischenergebnis	110
4. Anwendung der Grundsätze bei bloßer Beteiligung an einer Gesellschaft	110
a) Parallelwertung des § 114 AktG	113
b) Parallelwertung des § 136 AktG	116
c) Kriterium des beherrschenden Einflusses	118
d) Kriterium der mehrheitlichen Beteiligung bei § 57 AktG	119
e) Zwischenergebnis	120
IV. Rechtsgeschäfte mit nahen Familienangehörigen	124
1. Der Stand in Rechtsprechung und Lehre	124
2. Eigene Stellungnahme	126
V. Rechtsgeschäfte mit Gesellschaften, an denen Familienangehörige beteiligt sind	128
VI. Verhältnis zu den Related Party Transactions gem. § 111b AktG als funktionsähnlicher Schutzmechanismus	129
B. Sachlicher Anwendungsbereich	134
I. Geschäfte des täglichen Lebens	135
II. Beraterverträge	137
III. Vertretung gegenüber Dritten	138
1. Vertrag zugunsten Dritter	138
a) Contractual Trust Arrangements	139
b) D&O-Versicherungen	141
2. Prozessfinanzierungsverträge	142
3. Drittanstellungsverträge	143
4. Korporative Rechtsgeschäfte	144
C. Zwischenergebnis	147
D. Zusammenfassung in Thesen	148

4. Kapitel

Umfang und Wahrnehmung der Vertretungsmacht	149
A. Umfang der Vertretungsmacht	149

B. Wahrnehmung der Vertretungsmacht	154
I. Die Willensbildung	154
1. Rechtsnatur des Beschlusses	155
2. Form der Beschlussfassung	156
a) Schriftliche Stimmabgabe	156
b) Beschlussfassung ohne Sitzung	157
II. Übertragung der Willensbildung	158
1. Übertragung auf einen Ausschuss	158
2. Übertragung auf Dritte	159
C. Willenskundgabe	162
I. Mitwirkung durch die beschlusstragende Mehrheit	163
II. Übertragung der Abgabe der Willenserklärung auf einen Dritten	164
1. Abgabe der Willenserklärung durch einen Boten	164
2. Abgabe der Willenserklärung durch einen Stellvertreter	168
a) Rechtliche Einordnung der Stellvertretung	169
aa) Einzelvertretungsermächtigung	169
bb) Der Vertreter als Unterbevollmächtigter des Aufsichtsrates	172
cc) Erteilung der rechtsgeschäftlichen Vollmacht, insbesondere an den Aufsichtsratsvorsitzenden	173
dd) Wirksamer Nachweis gem. § 174 BGB	175
b) Zulässigkeit, Umfang und Reichweite der Stellvertretung	177
aa) Vertretung des Aufsichtsrates ohne Ermessen des Vertreters	178
bb) Vertretung des Aufsichtsrates mit Ermessen des Vertreters	180
cc) Vertretung bei Geschäften des täglichen Lebens	182
III. Passivvertretung und Wissenszurechnung	183
D. Zusammenfassung in Thesen	185

5. Kapitel

Rechtsfolgen fehlerhafter Aufsichtsratsbeschlüsse	186
A. Fehlerhaftigkeit des Beschlusses	186
I. Schwere Verfahrensmängel	187
II. Leichte Verfahrensmängel	188
III. Inhaltsmängel	189
B. Folgen der Fehlerhaftigkeit eines Beschlusses	189
I. Analoge Anwendung der §§ 241 ff. AktG	191
II. Unterlassene Geltendmachung von Verfahrensfehlern	193
C. Zwischenergebnis	194

6. Kapitel

Auswirkungen von Beschlussmängeln auf die Abgabe der Willenserklärung	195
A. Auswirkungen der Beschlussmängel des Geschäftsführungsbeschlusses auf den Beschluss hinsichtlich der Vornahme der Vertretungshandlung bzw. der Beauftragung eines Dritten	197
I. Mängel der Beschlussfassung erstrecken sich auf die gesamte Aufsichtsrats-sitzung	197
II. Mängel der Beschlussfassung bestehen nur hinsichtlich einzelner Beschlüsse	198
B. Durchschlagen der Nichtigkeit des Vertretungs- bzw. Bevollmächtigungsbe-schlusses auf die tatsächliche Abgabe der Willenserklärung	201
I. Vereinbarkeit einer Verknüpfung von Beschlusswirksamkeit und Vertre-tungsmacht mit den Grundlagen der organschaftlichen Vertretung	202
II. Vereinbarkeit einer Verknüpfung von Beschlussmängeln und Bevollmächti-gung im Hinblick auf den Grundsatz der Abstraktheit der Vollmacht	209
1. Grundsatz der Abstraktheit der Vollmacht	210
2. Verkehrsschutzinteressen des vertragsschließenden Dritten	214
3. Rechtsfolgen der fehlenden Vertretungsmacht für die Beteiligten	217
a) Rechtsfolgen fehlender Vertretungsmacht für den Vertreter	218
b) Rechtsfolgen fehlender Vertretungsmacht für den Geschäftspartner und die Gesellschaft als Vertretene	223
aa) Haftung der Vertretenen aus culpa in contrahendo	224
bb) Überleitung der Haftung auf den Hauptbevollmächtigten	226
cc) Vertrauensschutz durch Rechtsscheinvollmacht	229
4. Lösungsansatz über den Missbrauch der Vertretungsmacht	232
C. Zusammenfassung in Thesen	233

7. Kapitel

Rechtsfolgen des vollmachtlosen Vertreterhandelns	234
A. Entwicklung in der Rechtsprechung	235
B. Entwicklung in der Literatur	237
C. § 112 AktG als Verbotsgesetz	241
I. Feststellung des Verbotscharakters	243
II. § 112 AktG als zwingende Vorschrift	244
III. § 112 AktG als Beschränkung der Gestaltungs- und Verfügungsmacht	244
D. Anwendung der §§ 177 ff. BGB – Genehmigungsfähigkeit des Vorstandsrechts-geschäfts?	249
I. Genehmigungsoffenheit des allgemeinen Zivilrechts	250
1. Minderjährigenrechtsgeschäfte	251
2. Betreuung nach §§ 1896, 1901 i. V.m. 1903 BGB	254
3. Parallele zu § 181 BGB	255

- 4. Verbot der Vertretung im Vormundschaftsrecht 256
- II. Genehmigungsfeindliche Rechtsgeschäfte 257
 - 1. Höchstpersönliche Rechtsgeschäfte 258
 - 2. Genehmigungsfeindliche Rechtshandlungen aus dem Aktienrecht 259
 - a) Zustimmungserfordernis und Ad-hoc-Mitteilungspflicht 260
 - b) Beratungsverträge gem. § 114 AktG 263
 - c) Zustimmung bei Abschlagszahlung gem. § 59 AktG 265
- III. Zwischenergebnis 265
- E. Genehmigungsfeindlichkeit des § 112 AktG 266
 - I. Regelungsgehalt des § 112 AktG 267
 - 1. Stellvertretung im Willen durch nachträgliche Genehmigung – Unterlaufen des Beschlusserfordernisses des § 108 Abs. 1 AktG 269
 - 2. Reichweite der Höchstpersönlichkeit der Amtswahrnehmung 272
 - 3. Gesetzlich vorgesehene Genehmigungsmöglichkeiten 273
 - 4. § 112 AktG als Konfliktvermeidungsmaßnahme 275
 - 5. Zwischenergebnis 277
 - II. Verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse über das Aufsichtsrats Handeln bei nachträglicher Genehmigung des Rechtsgeschäfts 278
 - 1. Ausgangspunkt: Das rational-theoretische Verhaltensmodell – Leitbild des homo oeconomicus 280
 - 2. Behavioral Law and Economics 282
 - 3. Ausgewählte Abweichungen vom rationalen Entscheidungsbild 284
 - a) Framing-Effekt 284
 - b) Selektive Wahrnehmung 285
 - c) Verfügbarkeitsheuristik 286
 - d) Sunk-Cost-Effekt 287
 - e) Verankerungseffekt 287
 - f) Endowment-Effekt 288
 - g) Status-Quo-Effekt 288
 - h) Gruppendenken 289
 - 4. Folgerungen für das Entscheidungsverhalten des Aufsichtsrates 290
 - a) Beschlussvorbereitung 291
 - b) Beschlussfassung 294
 - 5. Führt die Kompetenzüberschreitung dazu, dass ein Debiasing stattfindet? 298
 - 6. Zusammenfassung 301
- F. Zwischenergebnis 304
- G. Vollmachtloses Handeln eines einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes 306
- H. Zusammenfassung in Thesen 307

*Teil 3***Die prozessuale Vertretung bei Vorstandsrechtsgeschäften** 309

8. Kapitel

§ 112 AktG und die gerichtliche Vertretungsbefugnis 309

A. Formale Anforderungen im Prozess	310
B. Folgen einer fehlerhaften Vertretung	311
I. Aktivprozess	312
1. Prozessunfähigkeit	312
2. Wechsel des „organschaftlichen Vertreters“ im Aktivprozess	314
3. Eintritt in den Prozess durch den Aufsichtsrat	318
a) Genehmigung als Prozesshandlung	319
b) Die Übernahme des Prozesses durch den Aufsichtsrat	320
aa) Übernahme der Mandatsbeziehung	323
bb) Übernahme der bisherigen prozessualen Ergebnisse	326
c) Übernahme des Prozesses in zweiter oder dritter Instanz	329
d) Zwischenergebnis	330
II. Passivprozess	330
1. Rubrumsberichtigung	331
2. Wechsel des „organschaftlichen Vertreters“ im Passivprozess	332
3. Übernahme des Prozesses in zweiter oder dritter Instanz	333
III. Vertretung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden	334
C. Zusammenfassung in Thesen	335

*Teil 4***Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse** 336**Literaturverzeichnis** 338**Sachwortverzeichnis** 370